

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE PRESSE

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 63 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Freitag, 15. März 1968

Einzigpreis 30 Pf

Große Debatte in Bonn über „Lage der Nation“

Deutschlandfrage, Vietnam-Konflikt, Atomsperrvertrag und Hochschulreform standen im Mittelpunkt

Die Partner der Großen Koalition, CDU/CSU und SPD, begrüßten die Erklärungen Kiesingers, während Sprecher der oppositionellen FDP vor allem den innenpolitischen Teil des Lageberichtes scharf kritisierten. Die Debatte dauerte bis in den späten Abend.

Der Bundeskanzler griff in den Nachmittagsstunden zweimal in die Debatte ein, um hauptsächlich kritische Einwände der FDP gegen seine Politik zurückzuweisen.

Zu schneller Reaktion gezwungen
In seiner Antwort auf die Fernsehansprache Ulbrichts vom Mittwoch erklärte der Kanzler, er fasse die prompte Reaktion des SED-Chefs als ein Kompliment auf. Offensichtlich habe sich Ulbricht zu dieser schnellen Reaktion gezwungen gesehen.

Kiesinger bedauerte, daß seine Verständigungsvorschläge von Ulbricht auf „skurrile Weise“ verfälscht worden seien. Ulbricht habe die glatte Unwahrheit gesagt. Der SED-Chef verschleie nicht nur die Tür des anderen Teiles Deutschlands gegenüber der freien Welt, er verschleie auch sich und sein System gegenüber der Bevölkerung.

„Die Zeit arbeitet für uns“
Ulbricht werde jedoch seinem Schicksal nicht entgehen und eines Tages feststellen, daß er und die Bevölkerung ganz verschiedene Wege gehen. Unter dem Beifall des Parlaments rief der Kanzler aus: „Die Zeit arbeitet nicht für Ulbricht, sondern für die ganze Nation“.

● Ostberlin seien Angebote von „fast revolutionärer Kühnheit“ gemacht worden, auf die das dortige Regime nicht eingegangen sei, weil es sich das offenbar nicht leisten könne.

Bemerkenswerte Erfolge

Die Erfolge, die von der Regierung der Großen Koalition erzielt worden seien, seien durchaus be-

BONN (ap/dpa/upi). Im Mittelpunkt einer ganztägigen Debatte des Bundestages über den von Bundeskanzler Kiesinger am Montag dem Parlament erstellten „Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland“ standen gestern der Vietnam-Konflikt, der geplante Atomsperrvertrag und die Deutschlandfrage.

merkenswert, sagte Kiesinger, nachdem FDP-Fraktionschef Mischnick der Regierung Versagen unter anderem auf dem Gebiet der Finanz- und der Agrarpolitik vorgeworfen hatte.

Als der stellvertretende FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher bemängelt hatte, daß Kiesinger in seinem Bericht mit keinem Wort auf die Äußerungen de Gaulles während dessen Polenreise über den angeblich polnischen Charakter der Stadt

Hindenburg hingewiesen habe, stieg der Kanzler erneut aufs Rednerpult und sagte, er habe in der Öffentlichkeit schon vor de Gaulles Rede ganz klar geäußert, daß die Gebiete jenseits von Oder und Neiße niemals polnisches Land gewesen und von der Geschichte als deutsches Land ausgewiesen seien, dessen Bewohner zu unrecht vertrieben worden seien.

In der mehrstündigen Aussprache, die vor dichtbesetzten Zuschauertribünen in einer ruhigen Atmosphä-

re stattfand, wurden in Nuancen die Unterschiede deutlich, die in aktuellen politischen Fragen innerhalb der Koalition bestehen.

CDU/CSU äußerte Bedenken gegen Sperrvertragsentwurf

Die Sprecher der CDU/CSU äußerten Bedenken gegen den Atomsperrvertrag in seiner jetzigen Form. Der CSU-Abgeordnete Dr. Friedrich Zimmermann formulierte in scharfer Form die Bedenken gegen den Vertrag, der sich gegen ein eigenständiges Europa richte. Wenn der Vertrag in dem vorliegenden Entwurf erst einmal von den Europäern unterschrieben sein sollte, könne es kein Europa mehr geben, das für seine Sicherheit selbst zu sorgen imstande wäre.

Wehner mahnt zu Geduld

Der Oppositionssprecher Mischnick warf der Koalition in der Frage des Atomsperrvertrages Unklarheit vor, die bei den Verbündeten der Bundesrepublik und die Sowjetunion Mißtrauen erwecke. Die Koalition und die Regierung sprächen nur das seit über einem Jahr übliche „Jein“.

Mit der Rolle der Vertriebenen befaßten sich in der Debatte vor allem die Abgeordneten Becher (CSU) und Vertriebenen-Präsident Rehs (SPD). Beide wandten sich mit Nachdruck gegen Aufgabe von Rechtspositionen in der Ostpolitik. Der CDU-Abgeordnete Dr. Martin eröffnete dann eine rege geführte Aussprache vorwiegend über die Lage der Studenten und die Hochschulreform. Martin unterstützte die berechtigten Anliegen der Studenten, ebenso wie die nachfolgenden Redner Gescheide (SPD), Friderichs (FDP), Mörsch (FDP).

Kurz vor 21 Uhr ergriff dann der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, das Wort. Eindringlich mahnte Wehner zu äußerster Geduld im Deutschlandproblem. Nur eine demokratische Lösung komme hierbei in Frage. Unverdrossene Einigungsbemühungen aber seien notwendig. Zu den Rechtspositionen in der Ostpolitik meinte Wehner, daß es Zeiten gäbe, in denen man für noch so teure Dinge nichts kaufen könne.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel nannte die Ausführungen Wehners eine bedeutende und über-

raschende Rede. Barzel hob vor allem die Passage aus Wehners Rede hervor, in der ausgeführt worden war, daß die Machthaber in Ostberlin der Nation nicht geben könnten, was der Nation gehöre und gebühre. Zu den Ausführungen Wehners zu den Rechtspositionen in der Ostpolitik, die Barzel eine „bedeutende Explosion“ nannte, wurde erklärt, daß Rechtspositionen keineswegs „verkauft“ werden könnten. Barzel kündigte eine ausführliche Prüfung der Rede Wehners an.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, sagte, man werde drüben, aber auch in Prag, Warschau und Moskau sorgfältig verzeichnen, daß Ulbricht selbst das Gesprächsangebot über den Gewaltverzicht abgelehnt habe. Die CDU/CSU unterstütze die Bemühungen der Regierung in der Deutschland- und Ostpolitik in vollem Umfang. Die Polen forderte Barzel auf, die ernsthaften Absichten der Deutschen um eine gute Nachbarschaft nicht zu verkennen. (Forts. auf S. 2)



RAINER BARZEL (CDU) HELMUT SCHMIDT (SPD)

Jetzt Selbstmord in Prag

Generaloberst tot – Nationalratsvorsitzender abgesetzt

PRAG (dpa/upi/ap). Die innenpolitische Krise in der Tschechoslowakei erreichte gestern einen neuen Höhepunkt. So beging der stellvertretende Verteidigungsminister, Generaloberst Janko, Selbstmord. Der Vorsitzende des slowakischen Nationalrates, Chudik, stellte sein Amt zur Verfügung.

Chudik ist auch Präsidiumsmitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Chudik hatte an den Nationalrat einen Brief gerichtet, in dem er mitteilte, er sehe sich zu diesem Schritt gezwungen, weil er über die Aufgaben des slowakischen Nationalrates als oberstes verwaltungs- und gesetzgebendes Organ für die Slowakei Vorstellungen habe, die der heutigen politischen Entwicklung in der Slowakei widersprechen. Der Nationalrat nahm diese Erklärung jedoch nicht zur Kenntnis. Er beschloß vielmehr, Chudik das Vertrauen zu entziehen und ihn abzusetzen.

Der Grund für den Freitod Jankos ist nicht bekannt. Politische Beobachter nehmen an, daß Janko mit dem General Jan Sejnas in Verbindung stand, der vor kurzem in die USA geflohen war. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der CSSR-Botschafter in Washington eine offizielle Note Prags mit dem Ersuchen um Auslieferung Sejnas zusammen mit einem Haftbefehl für den geflüchteten Generalmajor übergeben hat.

Die öffentliche Kritik am Stalinismus in der Tschechoslowakei kam auch in einem Bericht zum Ausdruck, nach dem von 27 000 in der stalinistischen Zeit zwischen 1948 und 1953

verhängten Gerichtsurteilen bisher nur 2000 überprüft wurden. Zwei führende Vertreter der Anklagebehörde der CSSR bekundeten ihre Entschlossenheit, Rehabilitierungen „bis zum Ende“ weiterzuverfolgen, weil „Fehler richtiggestellt“ werden müßten.



DER FINANZPLANUNGSRAT trat gestern in Bonn zusammen. Unser Bild zeigt v. l.: Bayerns Finanzminister Pöhner, Bundeswirtschaftsminister Schiller und Bundesfinanzminister Strauß. Strauß hatte sich im Verlauf der Sitzung besonders für eine gemeinsame Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden eingesetzt. Darin sei keine Gefahr für die föderative Staatsordnung zu sehen.

Die Berater L. B. Johnsons sind besorgt

WASHINGTON (ap/dpa). Die innenpolitischen Berater Präsident Johnsons sind nach der Auswertung der Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen im Staat New Hampshire — über die wir gestern berichteten — ernsthaft in Sorge, daß Senator Eugene McCarthy die Primärwahlen am 2. April in Wisconsin für sich entscheidet.

Johnson hatte in New Hampshire die Stimmen von 48 Prozent der eingeschriebenen demokratischen Wähler auf sich vereinigt. McCarthy war auf die von ihm selbst nicht erwartete hohe Zahl von 42 Prozent gekommen. In der Umgebung des Präsidenten wurden bereits neue Pläne für die Führung des Wahlkampfes in Wisconsin ausgearbeitet. So werden vor allem, da Johnson sich in den Wahlkampf in Wisconsin nicht einschalten wird, alle für die Wiederwahl des Präsidenten auftretenden Redner bemüht sein, McCarthy dazu zu zwingen, Alternativen zur derzeitigen Vietnam-Politik der Regierung aufzuzeigen.

In New Hampshire haben man den Fehler gemacht, der von McCarthy „zumeist in Form von Versäumnissen“ vorgebrachten scharfen Kritik an Johnsons Vietnam-Politik nicht scharf genug entgegengetreten. McCarthy war zum Symbol des Widerstandes gegen den Vietnam-Krieg geworden, um das sich nun die Kriegsgegner in der demokratischen Partei scharen. Daran wird möglicherweise auch die Anknüpfung Senator Robert Kennedys nichts mehr ändern, daß er seinen Entschluß, sich nicht um die demokratische Präsidentschaftskandidatur zu bewerben, überprüfe werde.

De Gaulle im Mai nach Rumänien

PARIS (dpa). Der französische Staatspräsident de Gaulle hat seinen seit längerem angekündigten offiziellen Besuch in Rumänien auf Mitte Mai festgelegt. Nach amtlich noch nicht bestätigten Informationen beginnt der Rumänienbesuch de Gaulles am 14. Mai und endet am 20.

Suche nach Ärzten in Hue

Internationale Aktion soll Schicksal von Deutschen klären Schwere Schläge gegen Nordvietnam – Hohe US-Verluste

SAIGON (dpa/upi/ap). Amerikanische Bomber haben den seit über einem Monat schwersten Schlag gegen Nordvietnam geführt. Allein im Gebiet um die Hauptstadt Hanoi und die Hafenstadt Haiphong wurden nach Darstellung des Oberkommandos in Saigon zehn große Ziele angegriffen.

Insgesamt flogen die amerikanischen Flieger 94 Einsätze. Hauptziele waren Armeekasernen, Eisenbahndepots, ein Hafen nahe dem Stadtzentrum Hanois, zwei Brücken in Haiphong und zwei Flugplätze.

● In der vergangenen Woche fielen 509 amerikanische Soldaten im Kampf. Die Zahl der getöteten Gegner betrug nach dieser Aufstellung im gleichen Zeitraum 4355. Die südvietnamesischen Streitkräfte blühten mit 418 Soldaten 91 Mann weniger als die Amerikaner ein. Die vergangene Woche war die dritte seit Beginn der Neujahrs Offensive des Vietkong, in der die Zahl der amerikanischen Gefallenen die Marke 500 überstieg.

Das ungewisse Schicksal der in der alten Kaiserstadt Hue vermissten deutschen Mediziner hat die Bundesärztekammer veranlaßt, den Weltärztebund dringend um Hilfe bei den Nachforschungen nach dem Verbleib dieser drei deutschen Zi-

vilärzte zu bitten. Der Weltärztebund hat neben dem internationalen Roten Kreuz auch die französischen, schweizerischen, indischen und schwedischen Ärzteorganisationen in die Such- und Hilfe-Aktion eingeschaltet.

Der südvietnamesische Vizepräsident Ky rief gestern auf einer Kundgebung in Ho Nai, nördlich Saigons, dazu auf, eine Truppe aus

Deutsches Blutplasma für Vietnam ist unbrauchbar

BONN (upl). Das Blutplasma aus einer deutschen Hilfspendung für Vietnam, die aus 65 Medikamenten im Wert von 17,5 Millionen Mark bestand, ist offensichtlich unbrauchbar. Deutschen Ärzten in Hue seien „Zweifel an der Verwendbarkeit“ des Trockenplasmas gekommen. Bei der Verwendung des Plasmas hätten sich Nebenwirkungen eingestellt, die in Schüttelfrost und hohem Fieber zum Ausdruck gekommen seien.

Freiwilligen zusammenzustellen, um nach Nordvietnam einzumarschieren. „Gegenwärtig kämpfen wir, um die Freiheit Südvietsnams sicherzustellen.“